

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

31. Dezember 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstagszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

5W

Neue Erklärung Stresemanns.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Reichsaußenminister Stresemann hat heute mittag bei einem Presseempfang folgende schriftlich formulierte Erklärungen abgegeben:

Die Preßkampagne über die Völkerbundspersonalien hat bedauerlicherweise einen Umfang und eine Schärfe angenommen, die mich veranlassen, im Interesse der Sache selbst und auch im Interesse der von mir geleiteten Behörde vor Ihnen persönlich das Wort zu ergreifen. Ich hoffe, daß meine Ausführungen diesem Streit, der dem allgemeinen Interesse höchst abträglich ist, ein Ende bereitet. In diesem Sinne ist im einzelnen folgendes zu sagen:

Wie sich eigentlich von selbst versteht, beschäftigen sich Genfer Völkerbundstreife bereits seit längerem auf das Lebhafteste mit der Frage der Anstellung Deutscher nach erfolgtem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Bereits Anfang Dezember hat die hierfür maßgebende Stelle dem deutschen Vertreter in Genf vertraulich bestätigt, daß das Generalsekretariat der deutschen Mitarbeit lebhaftes Interesse entgegenbringe, aber zugleich darauf hinweise, daß die Befehung der einzelnen Stellen späteren eingehenden Erörterungen vorbehalten bleiben müsse.

Das Auswärtige Amt hat diese Mitteilung nach Lage der Dinge auch ihrerseits vertraulich behandelt. Dessenungeachtet sind offenbar eine ganze Reihe von ins einzelne gehende Lösungsvorschläge und Personalvorschläge bereits in erheblichem Umfang in Kreisen, die zum Völkerbundsekretariat in Beziehungen stehen, zur Diskussion gestellt worden.

Hieraus erklärt sich die durch die W.B. der Öffentlichkeit bekanntgegebene Warnung der maßgebenden Stelle des Völkerbundsekretariats, daß die Nacheinholung des offiziellen Beses lediglich zu Schwierigkeiten für alle Beteiligten führen könne.

Wir haben die Mitteilung der durch dieses Vorgehen Ueber-eifriger verursachten Beunruhigung als einen Beweis der Loyalität des Generalsekretariats aufgefaßt, der die Absicht zu verständnisvoller Zusammenarbeit in der Zukunft bestätigt. Auch von dieser vertraulichen Mitteilung, deren Authentizität entgegen anders lautenden Meldungen der letzten Tage in keinem Zweifel gezogen werden kann, ist selbstverständlich seitens des Auswärtigen Amtes weder der Presse noch sonst irgendeiner Stelle Mitteilung gemacht worden. Es ist unverständlich und bedarf noch der Aufklärung, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ angeblich in der Lage war, von einem entsprechenden Telegramm der deutschen Vertretung in Genf Mitteilung zu machen. Die Beunruhigung der öffentlichen Meinung nötigte uns zu einer Stellungnahme und die Veröffentlichung des „Pressedienstes“ zu der bekannten Mitteilung am 23. B. vom 29. Dezember.

Außer dem Kommuniké habe ich Anlaß genommen, dem Chefredakteur des „Vorwärts“ gegenüber persönlich unter Klarstellung des obigen Sachverhalts zu erklären, daß dem Auswärtigen Amt Schritte der Sozialdemokratischen Partei in Sachen Beteiligung Deutscher im Völkerbundsekretariat nicht bekannt seien. Was das Zentrum anlangt, so verweise ich auf die Ihnen bekannte, gestern erschienene Erklärung des früheren Reichsanwalters Marx.

Aus dem Zusammenhang ergibt sich, daß der deutsche Vertreter in Genf lediglich in Wahrnehmung seiner ihm obliegenden Verpflichtungen gehandelt hat. Im Uebrigen wird ihnen bereits auf gefallen sein, daß die Mitteilungen gewisser rechtsstehender Blätter mit der Meldung des deutschen Generalkonjuls inhaltlich nicht übereinstimmen.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei hat trotz der ihm zuteil gewordenen Aufklärung sich nicht geschämt, noch gestern abend zu behaupten, daß die dienstliche Meldung des Generalkonjuls Schmandt sei, daß der Generalkonjul bei einer verlogenen innerpolitischen Hege mitgewirkt habe und daß Beamte des Auswärtigen Amtes die gleiche Schuld trüge. Ich muß diese unerhörten Verdächtigungen, für welche nicht der Schatten eines Beweises erbracht worden ist oder erbracht werden kann, mit Entrüstung und aller Entschiedenheit zurückweisen. Mit ebensolcher Entschiedenheit aber muß ich den Versuch verschiedener Blätter der Rechtspreß abzuweisen, die offiziellen Auslassungen des Auswärtigen Amtes in einem Sinne auszulegen, der ihrem Wortlaut und Inhalt nicht entspricht und zur Begründung ihrer Behauptungen heranzuziehen, daß die Sozialdemokraten in Genf Verhandlungen über die Befehung der Genfer Stellen beim Sekretariat geführt haben.

Ich werde unverzüglich an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags herantreten und ihn bitten, den Ausschuß einzuberufen, damit dieser sich mit der Frage befassen kann. Auf diese Weise wird den Persönlichkeiten, die gegen das Auswärtige Amt Beschuldigungen erhoben haben, Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten zu begründen und ihr Beweismaterial vorzulegen. Diese Erörterung wird mir einen gewünschten Anlaß geben, die Haltung der mit unterstellten Behörde zu rechtfertigen und die Grundlosigkeit der gegen ihre Beamten erhobenen Anschuldigungen darzulegen.

Wir werden auf diese sehr bemerkenswerte Erklärung und auf weitere Ausführungen des Herrn Außenministers zu dieser Angelegenheit morgen zurückkommen.

Jetzt schon sei jedoch in aller Kürze gesagt, daß es ein geradezu komischer Rollenwandel ist, wenn das Auswärtige Amt glaubt, sich über das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, den „Vorwärts“ beschweren zu können!

Herr Stresemann versucht ein wenig den Spieß umzudrehen. Wir werden ihn schon wieder in die richtige Lage bringen.

Verlegene Verlogene!

Aber sie bleiben dabei.

Zur Erklärung des Herrn Marx schreibt der „Total-Anzeiger“:

So weit wären wir nun also endlich bestens im Bilde. Leider sind wir es noch nicht, soweit die Sozialdemokraten in Frage stehen, da hier offenbar niemand den Wahrheitsdrang in sich spürt, dem Herr Marx mit seiner Veröffentlichung entsprochen hat.

Nachdem die Hugenberg-Presse in ihrem Wahrheitsdrang eine Woche lang täglich dreimal verlesenerische Behauptungen gegen die Sozialdemokratie verbreitet hat, gesteht sie jetzt, daß sie nichts weiß!

Erst war es ein „offizieller Schritt“, den die Sozialdemokratie in Genf unternommen haben sollte, zwei Tage später hieß es, man habe schon immer gesagt, es sei kein offizieller Schritt gewesen, sondern ein Brief eines „gedachten Herrn“ von der Sozialdemokratischen Partei. Jetzt gibt man zu, daß man sich diesen Herrn nur „gedacht“ hat, aber weder ihn noch seinen Brief kennt.

Was folgt daraus? So gemein sind diese Sozialdemokraten, daß sie sich weigern, der Hugenberg-Presse aus ihrer Verlegenheit zu helfen! Schuldig sind sie ja auf alle Fälle, nur leider kann man ihnen infolge ihrer Verstocktheit nichts nachweisen.

Welche Gestalt mittlerweile die sehr harmlose und einwandfreie Angelegenheit des Marx-Briefs in der deutschnationalen Presse im Reich annimmt, kann man aus den „Hamburger Nachrichten“ ersehen, die schreiben:

Man sollte Herrn Marx das menschliche Mitgefühl für seine Versorgungsaussichten nicht verlegen, denn nachdem das deutsche Volk ihn als Präsidentschaftskandidat beiseite gestellt hat, wird den Genannten die Zerknirschung über diese Treulosigkeit an seinem himmelhoch gepriesenen Völkerbundpositivismus übermannen haben, so daß er gläubt, Deutschland aus dem Schoße des Völkerbundes heraus doch noch mit seiner Heilsbotschaft umstriden zu können. Daß er damit sein politisches Schattendasein in Deutschland mit einem eintäglichen Posten in Genf vertauscht, sehen nur seine Gegner. Seitdem in Deutschland die Bahn für jeden Tüchtigen frei geworden ist, ist es eigentlich doch nicht mehr verwunderlich, daß sich Parteihäupter um einen Posten bemühen, der zum Wohle Deutschlands mit 2000 Schweizer Franken monatlich dotiert ist. Wer dem Altare dient, soll auch vom Altare leben, dieses Wort ist doch seit dem glorreichen Umsturz in Deutschland zum ehernen Gesetz für jeden politischen Dilettanten geworden.

Also Marx hat an die Futtertrippe gewollt. Marx hat sich in Genf um einen Posten beworben! So weit ist man „bestens im Bilde“.

Wahrlich, das Volk ist zu bedauern, das eine solche Presse erträgt!

Die dunklen Wege des W.B.

Das W.B. schreibt uns:

In Ihrer heutigen Morgenzeitung machen Sie kritische Bemerkungen über ein angeblich verschiedenes Verhalten unseres Bureaus gegenüber Dementis, die in Völkerbundsangelegenheiten ergangen sind. Diese Bemerkungen treffen in keiner Weise zu. Wir sind in den von Ihnen angeführten Fällen in genau derselben Weise verfahren, d. h. wir haben auch Ihr Dementi vom 29. B. M. unverzüglich und allgemein nach auswärts verbreitet. In Berlin selbst pflegen wir derartige Meldungen, wenn sie uns nicht von der beteiligten Regierungsstelle direkt zugehen, aus naheliegenden Gründen nicht zu verbreiten.

Gemeint ist die bekannte Erklärung, die der Reichsaußenminister dem Chefredakteur des „Vorwärts“ überhandt hat. Diese Erklärung hat nun W.B., wie es selber mitteilt, zwar an die Presse im Reich, aber nicht an die Presse in Berlin weitergegeben. Aus welchem Grunde dieser seine Unterschied gemacht wird, bleibt jedem unbürokratischen Hirn unverständlich.

Völkische Pleite.

München, 31. Dezember. (W.B.) Die heute erschienene letzte Ausgabe des „Völkischen Kuriers“ als Tageszeitung kündigt an, daß der Verlag des Blattes versuchen will, die Fortführung der bisherigen Tageszeitung als Wochenschrift zu ermöglichen, deren Herausgabe bei genügender Bezieherzahl noch im Januar in Aussicht genommen ist.

Reise Wandervoeldes nach Paris. Der belgische Außenminister, Genelle Wandervoelde, wird am 1. Januar für einige Tage nach Paris kommen. An zuständiger Stelle hält man es für wahrscheinlich, daß er bei dieser Gelegenheit auch mit dem Sowjetbotschafter Rakowski über die belgisch-russischen Beziehungen verhandeln wird.

Soziale Selbstverwaltung.

Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung.

Unter den Trägern der deutschen Sozialversicherung genießt die Krankenversicherung den Ruf, am umfassendsten ihren Aufgaben gerecht zu werden. Man hat das mit Recht auf die bessere Selbstverwaltung in der Krankenversicherung zurückgeführt. Auch für die Sozialversicherung gilt der Satz, daß die Wirksamkeit eines Gesetzes nicht zuletzt von dem abhängt, der es durchzuführen und anzuwenden hat. Aus dieser Erkenntnis heraus ist im Artikel 161 der Reichsverfassung vorgegeben, daß in dem vom Reich zu schaffenden umfassenden Versicherungswesen die Mitwirkung der Beteiligten maßgebend sein soll.

Diese wichtige Frage steht auch bei der endgültigen Gestaltung der Arbeitslosenversicherung mit zur Entscheidung. Man wird jedoch nur dann zu einer sozial befriedigenden Lösung der Selbstverwaltung gelangen, wenn der Träger der Arbeitslosenversicherung richtig gewählt wird. Um diese Frage entscheiden zu können, ist nur notwendig, daran zu denken, daß Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in einem untrennbaren Zusammenhange stehen. Die deutsche Reichsverfassung sichert den Erwerbslosen den Anspruch auf ausreichende Unterstützung unter der Voraussetzung zu, daß angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann. Auch der vorliegende Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung erklärt in seinem § 103, daß Arbeitslosigkeit in erster Linie durch die Vermittlung von Arbeit verhütet und beendet wird.

Es besteht nach der rechtsvergleichenden Darstellung „Die Arbeitslosenversicherung“ des Internationalen Arbeitsamtes gegenwärtig auf der ganzen Welt kein Versicherungssystem, das nicht eine ausgedehnte Arbeitsnachweisorganisation umfaßt, die nicht nur ein Kontrollorgan, sondern auch eine erste und wichtige Leistung der Versicherung darstellt.

Dieser enge Zusammenhang zwischen Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung und die unbefriedigenden Erfahrungen mit der gegenwärtigen Konstruktion der Selbstverwaltung bei den Arbeitsnachweisämtern waren Veranlassung, daß sich die allgemeine deutsche Arbeitsnachweisjugung in Düsseldorf mit dieser Frage beschäftigt hat. In einem tiefstehenden Referat zeigte der Berichterstatter, Prof. Dr. Hoeniger, Freiburg, die Ursachen dieser Mängel und die Möglichkeiten ihrer Beseitigung. Nach seiner Auffassung ist der etwas konplizierte Zustand der sozialpolitischen Selbstverwaltung bei den Arbeitsnachweisämtern daraus zu erklären, daß hier der letzte und entscheidende Schritt noch nicht getan ist. Es sind zwar Selbstverwaltungsbehörden vorhanden, aber sie werden nicht von einem eigenen Selbstverwaltungskörper getragen. Diesen entscheidenden Mangel zu beheben, bezeichnete Professor Hoeniger zutreffend als Aufgabe der geplanten Arbeitslosenversicherung.

Der vorliegende Entwurf über die Arbeitslosenversicherung erfüllt diese Aufgabe nicht. Zum Träger der Arbeitslosenversicherung werden die Landesarbeitslosenkassen gemacht, deren Bezirk sich mit den Bezirken der Landesämter für Arbeitsvermittlung decken soll. Das ist ein bezeichnender Vorschlag. Bei den Landesämtern für Arbeitsvermittlung, also der Mittelinstanz der nach dem Arbeitsnachweisgesetz vorgeordneten Arbeitsnachweisämter, ist der Einfluß der obersten Landesbehörden ein überragender. Damit wird im Grunde genommen die Arbeitslosenversicherung in die allgemeine Staatsverwaltung eingegliedert. Ausschuß und Vorstand der Landesarbeitslosenkassen weisen zwar eine paritätische Zusammenlegung von Arbeitnehmern und Arbeitgeber auf; der Vorsitzende dieser Organe ist jedoch identisch mit dem Vorsitzenden des Landesamtes für Arbeitsvermittlung. Dieser Vorsitzende wird von der obersten Landesbehörde bestellt. Damit gewinnt die oberste Landesbehörde den entscheidenden Einfluß.

Durch Satzungsbestimmungen der Arbeitslosenkasse kann dem Vorsitzenden ein weitgehendes Vertretungsrecht eingeräumt werden. Er besitzt auch sonst nach dem Entwurf weitgehende Befugnisse. Mit diesem überragenden Einfluß begnügt sich jedoch keineswegs die oberste Landesbehörde. Nach den §§ 31 und 32 des Entwurfs ist die oberste Landesbehörde berechtigt, Beauftragte zu den Landesarbeitslosenkassen zu entsenden, die an den Sitzungen der Organe und Spruchkammern mit beratender Stimme teilnehmen. Das gleiche kann geschehen zu den Sitzungen der Reichsausgleichskasse und des Spruchsenats des Reichsversicherungsamtes. Dieser Beauftragte kann gegen Entscheidungen der Spruchkammer Beschwerde an den Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes einlegen. Das gleiche Recht steht der obersten Landesbehörde auch unmittelbar zu. Der Beauftragte der obersten Landesbehörde kann, wenn er es im öffentlichen Interesse für erforderlich hält, den Vorsitzenden anweisen, von seinem Recht der Beauftragung Gebrauch zu machen. Die Anweisung bewirkt Aufschub.

Den öffentlichen Arbeitsnachweisen obliegt nach dem Gesetzentwurf nur die Mitwirkung bei der Arbeitslosenversicherung, obwohl sie die wichtigsten und unentbehrlichsten Organe für die Durchführung jeder Arbeitslosenversicherung sind. Es hat den Anschein, als ob die Konstruktion der Landesarbeitslosenkassen ein Verlegenheitsprodukt ist, um der Notwendigkeit entgehen zu sein, die Selbstverwaltung im Arbeitsnachweis und in der Arbeitslosenversicherung folgerichtig durchzuführen. Dieser Mangel wäre für

leben sichtbar geworden, sobald der Entwurf in stärkerem Maße von den öffentlichen Arbeitsnachweisen ausgegangen wäre. Die Notwendigkeit einer Aenderung des Arbeitsnachweisgesetzes hätte sich dann zwangsläufig aufgedrängt. Anlässlich einer Besprechung dieses Gesetzentwurfes im bayerischen Staatsministerium für soziale Fürsorge am 11. November d. J. wurde der Entwurf von dem Vertreter des Verbandes der bayerischen Arbeitsnachweise, Dr. Fischer, als eine Halbschick bezeichnet. Er forderte eine Aenderung des Arbeitsnachweisgesetzes in der Richtung einer Verstärkung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im öffentlichen Arbeitsnachweis, weil das Schwergewicht der Entscheidung und damit die ganze praktische Tätigkeit doch der unteren Instanz, dem öffentlichen Arbeitsnachweis, verbleibe.

Bei der engen Verbundenheit von Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung wird man zu einer befriedigenden Lösung der Selbstverwaltung nur kommen, wenn der letzte und entscheidende Schritt durch Schaffung eines eigenen Selbstverwaltungskörpers getan wird. Es ist deshalb notwendig, die Arbeitsnachweisämter des § 1 des Arbeitsnachweisgesetzes zu echten sozialpolitischen Selbstverwaltungskörpern, ähnlich wie die Ortskrankenkassen, zu machen. Diesen überläßt der Staat, wie es Professor Hoeltner nennt, die Erfüllung gewisser öffentlicher Interessen als eigene Angelegenheit. Der Staat beschränkt sich auf ein Aufsichtsrecht, das in der Beobachtung der Innehaltung der Befehle besteht. Die Arbeitsnachweisämter regeln im Rahmen dieser Befehle ihre Aufgaben vollkommen selbständig. Sobald die Arbeitsnachweisämter diese echten sozialpolitischen Selbstverwaltungskörper sind, können sie auch sofort zu Trägern der Arbeitslosenversicherung gemacht werden. Mit einem Schlage sind also auch all jene Schwierigkeiten des Lastenausgleichs überwunden, wie sie der Gesetzentwurf enthält. Die Arbeitsnachweisämter als Selbstverwaltungskörper und Träger der Arbeitslosenversicherung haben durch ihre oberste Instanz die Möglichkeit, auf dem Wege der Festsetzung eines einheitlichen Reichsbeitrages einen Reichsgefahrengleich zu schaffen. Erst die Schaffung solcher Selbstverwaltungskörper wird die Selbstverwaltung zur vollen Entfaltung kommen lassen und die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung ihre soziale Funktion erfüllen.

Russische Studienfahrten.

Die Sowjetregierung zahlt die Kosten.

Die Debatten auf dem russischen Parteitag haben wenigstens das eine Gute an sich, daß sie den bemitleidenswert naiv gläubigen Westfahrern vielleicht doch hier und da einmal die Augen darüber öffnen, daß es in Rußland Probleme und Schwierigkeiten gibt, und daß über diese Probleme man sich nicht dann schon ein Urteil erlauben kann, wenn man ohne jede Sprachkenntnis und ohne jede sachliche Vorbereitung eine von der Regierung organisierte Rundreise mitgemacht hat. Die Arbeiterdelegationen nach Rußland dienen ganz bestimmten russischen Staatszwecken. Sie sollen im Innern bei den russischen Arbeitern den Eindruck erwecken, daß das ganze europäische Proletariat hinter der Sowjetregierung und ihren Methoden steht, und in Europa sollen sie Entlastungsoptionen zugunsten der aggressiven russischen Ostpolitik ermöglichen. In seinem großen Bericht an den russischen Parteitag hat Stalin das absolut eindeutig anerkannt. In diesem Bericht erklärt er („Prawda“ vom 20. Dezember):

„Es ist auch wohl nicht überflüssig, zwei Worte über die Zahl der Delegationen zu verlieren, die unser Land besuchen. Ich hörte kürzlich, daß in der Moskauer Parteikonferenz ein Parteigenosse dem Genossen Rykow die Frage stellte:

Sind uns diese Delegationen nicht reichlich teuer gekommen?

Genossen, so etwas auszusprechen, ist ganz unmöglich. Sprechen Sie niemals in diesem Geiste über die Arbeiterdelegationen, die zu uns kommen. Es ist eine Schande so zu sprechen. Wir können

und wir dürfen vor keinerlei Ausgaben und vor keinerlei Opfer zurückweichen, um es der Arbeiterklasse des Westens zu ermöglichen, ihre Delegierten zu uns zu senden, damit wir ihnen zu der Ueberzeugung verhelfen können, daß die Arbeiterklasse nach der Eroberung der Macht nicht nur imstande ist, den Kapitalismus zu zerstören, sondern auch den Sozialismus aufzubauen. Die Arbeiter des Westens, wenigstens sehr viele von ihnen glauben noch, daß die Arbeiterklasse ohne Bourgeoisie nicht auskommen kann. Dieses Vorurteil ist die Hauptkrankheit der Arbeiterklasse des Westens, die ihr von den Sozialdemokraten beigebracht (!) wird. Wir werden vor keinem Opfer zurückweichen, um der westeuropäischen Arbeiterklasse die Möglichkeit zu verschaffen, sich davon zu überzeugen, daß wir der einzige Arbeiterstaat sind, für den zu kämpfen und den gegen ihren eigenen Kapitalismus zu verteidigen sich für sie im Westen lohnt. In diesem Punkt werden wir keine Opfer scheuen.“

Eindeutiger kann man sich nicht gut ausdrücken. Die Russen gebrauchen die Delegationen für ihre politischen Zwecke und lassen sich die Sache ruhig etwas kosten. Stalin setzt in seinem weiteren Bericht auseinander, daß sie noch mit vielen anderen Delegationen rechnen. Kein Wunder, denn naive Gemüter gibt es noch genug in der Welt, und warum soll man nicht mal eine Reise machen? Der wirklichen Kenntnis und Erkenntnis der russischen Verhältnisse wird damit natürlich nicht im geringsten gedient.

Der Stahlhelm im Gefängnis.

Verdächtige Organisationsversuche.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft schreibt uns: Seit einiger Zeit versendet eine Zentralstelle in Brandenburg a. d. H. sogenannte Mitteilungsblätter für Gefängnis- und Strafanstaltsbeamte, in denen zum Beitritt für eine angeblich neue Organisation der Gefängnis- und Strafanstaltsbeamten aufgefordert wird. Diese Zentralstelle scheint mit ziemlich großen Mitteln zu arbeiten, denn sie versendet an sämtliche Strafanstalten Preußens fortlaufend Agitationsmaterial. Wie wir aus einer Sonderausgabe der Bundesnachrichten des alten Bundes der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsanstaltsbeamten entnehmen, besteht die neue sogenannte Organisation aus 81 Beuten, die unmöglich die Mittel für die groß angelegte Agitation aufbringen können.

Die Führer dieses sogenannten neuen Verbandes sind fast durchweg Stahlhelmlaute. Es ist ja nicht unbekannt, daß der „Stahlhelm“ verschiedentlich versucht, Beamte und Arbeiter verbandsmäßig zu organisieren. Wenn er aber jetzt daran geht, Gefängnis- und Strafanstaltsbeamte zu organisieren, dann bekommt die Tätigkeit des „Stahlhelm“ einen starken politischen Beigeschmack im Hinblick auf die Fememordprozesse. Sollten etwa gewisse Kreise den Versuch machen wollen, Beamte zu Dienstüberschreitungen zu verleiten oder sie sogar zu Befreiungsversuchen von oben gekennzeichneten politischen Gefangenen zu mißbrauchen? Es ist Zeit, daß sich die zuständigen preussischen Behörden einmal mit diesen Vorgängen befassen, ehe man vor unliebsamen vollendeten Tatsachen steht; die Vorgänge, die sich kürzlich in Landsberg a. d. W. abgepielt haben, sollten doch zu denken Anlaß geben.

Der Fluchtversuch der Fememörder.

Abschluß der Untersuchung. — Verfahren wegen Meuterei.

Landsberg a. d. W., 30. Dezember. (BS.) Nach Abschluß der Untersuchung, die wegen des kürzlich unternommenen Fluchtversuchs zweier Strafgefangener in Verbindung mit politischen Untersuchungsgefangenen eingeleitet wurde, ist jetzt gegen die beiden Strafgefangenen, die einen Gefängnisbeamten überfallen hatten, sowie gegen den in die Fememordaffäre verwickelten Leutnant Raphael Anklage wegen Meuterei bzw. Anstiftung dazu erhoben worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß die beiden Gefangenen, die sich gemeinsam in einer Zelle befanden, einen Hilfsaufseher nachts in ihre Zelle lockten und ihn, als er seine Schuhe in Ordnung bringen wollte, überfallen haben. Der Beamte wurde von dem einen Gefangenen am Hals gewürgt, während der andere ihm Revolver und Schlüsselbund entreißen wollte. Dem

Nebefallenem gelang es aber noch, um Hilfe zu rufen, worauf ein Kalfaktor herbeieilte, die Zellentür verschloß und das übrige Gefängnispersonal alarmierte. Bei dem Verhör gaben die beiden Gefangenen an, daß sie von Leutnant Raphael zu der Tat angestiftet worden seien und daß nach Glücken des Planes alle wegen der Fememorde im Landsberger Gefängnis untergebrachten Häftlinge befreit werden sollten. Als Lohn war den beiden Strafgefangenen die Summe von 3000 M. zugesichert worden. Die Verhandlung gegen die drei wird im Laufe des Januar vor dem Amtsgericht in Landsberg a. d. W. stattfinden. Leutnant Raphael ist bekanntlich am Dienstag zusammen mit Oberleutnant Schulz und den anderen nach Berlin übergeführt worden.

Rußland und die Abrüstungskonferenz.

Die Schweiz sucht die Hindernisse zu beseitigen.

Bern, 31. Dezember. (Schweizerische Depesch-Agentur.) Wegen der Teilnahme einer sowjetrussischen Delegation an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf richtete der Bundesrat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben, in dem betont wird, daß der Vorsteher des politischen Departements in der Bundesversammlung wiederholt erklärt habe, der Bundesrat sei der Auffassung, daß zwischen den Beziehungen fremder Staaten zur Schweiz und ihren Beziehungen zum Völkerbund scharf unterschieden werden müsse.

Das gegenwärtig zwischen der Schweiz und Sowjetrußland bestehende Verhältnis würde demnach einer Beteiligung Sowjetrußlands an den Genfer Verhandlungen nicht im Wege stehen. Die Schweiz erachte es als ihre Aufgabe, den Vertretern aller Staaten die Teilnahme an den Völkerbundskonferenzen auf schweizerischem Boden zunächst zu erleichtern und den ihr notifizierten Delegierten jeden im Rahmen des Möglichen liegenden speziellen Schutz zu gewähren.

Wenn man russischerseits behaupten wolle, dieser Schutz habe im Falle Worowski verlagert, so wäre zu erwidern, daß Worowski den Schweizer Behörden weder als offizieller noch als offiziöser Vertreter der russischen Regierung angemeldet worden war.

Briand gegen Abd el Krim.

Verhandlungen nur mit den einzelnen Stämmen.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerpräsident Briand hat am Mittwoch in der Kammer anlässlich der Beratung der zusätzlichen Kredite für Marokko zur Frage des Friedensschlusses mit Abd el Krim Stellung genommen und erklärt, daß Frankreich

jede Möglichkeit zur Befriedung Marokkos ergreifen

werde. Frankreich fordere seinen Finger breit vom Territorium des Rifs und verteidige lediglich sein Protektorsgebiet. Die gemeinsam mit Spanien festgesetzten Friedensbedingungen seien rechtzeitig Abd el Krim zur Kenntnis gebracht worden. Dieser aber habe bisher Ausschläge gebraucht, um Zeit zu gewinnen.

Briand schilderte Abd el Krim dann als eine Art Räuberhauptling, der mit Hilfe einer kleinen Armee von etwa 10 000 Mann die übrigen Stämme terrorisierte und durch Festnahme von Geiseln und andere Maßnahmen dazu zwinge, ihm Gehorsam zu leisten. Er habe versucht, seine Propaganda über ganz Marokko und darüber hinaus nach Algerien und selbst bis Syrien auszudehnen. Gegenwärtig, so führte Briand weiter aus, sei der Schutz der marokkanischen Grenzen den Einwohnern des Gebiets überlassen und die französischen Truppen ständen nicht mehr in Konflikt mit den Riffabgeln. Frankreich suche mit den einzelnen Stämmen in Verbindung zu treten und mit ihnen Friedensverhandlungen zu führen. Abd el Krim könne gegenwärtig nicht im Rahmen familiärer Stämme des Rifs Verhandlungen führen und nicht als deren Vertreter bezeichnet werden.

Der amerikanische Finanzberater in Warschau. Der amerikanische Finanzberater, Professor Kemmerer, ist in Warschau eingetroffen.

Die Hände meiner Mutter.

Von Theodor Thomas.

Als Junge habe ich vor den Händen meiner Mutter eine große Scheu gehabt. Sie war Arbeiterin in einer Möbelfabrik, ihre Beschäftigung bestand im Polieren von künstlich gebogenen Möbeln. Ihre Hände waren ständig mit einer dicken Kruste Politur bedeckt und die ägende Masse hatte große Risse in die Innensflächen eingedrungen. Bei rauher Witterung und Kälte schloß meine Mutter vor Schmerzen wie ein verwundenes Tier.

Kam sie abends nach Hause, dann hielt sie ihre beiden schwarzen, schmerzenden Flächen an den warmen Ofen; aber nicht lange, sie mußte ja nun ihre häuslichen Arbeiten verrichten, mußte in Sodawasser putzen, mußte hundertelei Dinge tun, die sie jedesmal vor Schmerz aufschreien ließen. Ich sehe sie noch, wie sie stöhnend vor dem kleinen Waschtisch steht, ihre armen Hände aus der heißen, scharfen Brühe zuckend zurückzieht, weil die Wunden sie peinigen. Küßen hätten wir diese Hände müssen, aber wir hatten Scheu vor ihnen, wir schämten uns ihrer.

Einmal erinnere ich mich, daß die Mutter dem Vater — was übrigens selten vorkam — streichelnd mit ihren Händen über das Gesicht fuhr. Da wurde er böse. „Geh mit deinen scharfen Krallen weg, du zerkratzt einem ja die Waden.“ Schimpfte der Vater, der es vielleicht gar nicht so meinte; aber die Mutter schloß tränenden Auges in die Küche und betrachtete ihre Hände.

Das alles fiel mir erst später ein. Damals — ja damals habe auch ich diese Hände verabscheut. Die Mutter, die von morgens sechs bis abends sieben an der Polierbank stand, die dann wie ein gebogenes Bild nach Hause stürmte, um die Kinder und den Haushalt zu versorgen, mußte dulden, daß ihre armen Hände verabscheut wurden. Wenn ich heute eine Dame sehe, die ihre gepflegten Fingerringe wie ein kostbares Kleinod vor sich hält, die fast soviel Zeit an sie wendet wie einst meine geplagte Mutter an fremde Stuhlbeine, wenn ich sehe, wie Männer solche Finger küssen, dann steigt mir immer das Bild meiner Mutter auf, an deren Händen das raue Fleisch durch die schwarze Politurmasse schimmerte, diese Hand, die alle entrüstet weggeschoben, wenn sie einmal zärtlich sein wollte.

Wir Kinder schämten uns dieser Zeichen schwerer Arbeit. Gingen wir irgendwohin, wo die Mutter ihre Hände brauchen mußte (gewöhnlich hielt sie sie schamhaft unter ihrem Umhang verborgenen), dann wurde ich verlegen. Da, die Mütter anderer Kinder hatten so schöne weiche, weiße Hände. . . .

Ich erinnere mich, daß, wenn sie jemand die Hand zum Gruß bat, diese rauten ab der harten Berührung, sie schredten ordentlich auf. Das alles war für mich unangenehm, ich schämte mich meiner Mutter. Am schlimmsten aber traf es uns, daß wir von anderen Jugendfreunden deswegen gehänselt wurden. Kinder können in solchen Dingen so hart sein. „Deine Mutter ihre Hötchen sehen aus wie Apfeln.“ Solche und ähnliche Reden mußten wir

hören. Wir schlugen wohl mal zu, aber ohne innere Wärme, wir spürten so etwas wie eine Berechtigung in diesen Anklagen. Es war für mich als Kind fast ein Erlebnis, wenn sich eine schöne weiche Frauenhand mit mir obgab, ich sehnte mich ordentlich danach.

Meines Lehrers Hände waren weich wie Samt und wie ein Kissen gepolstert, ich fand es als höchste Zierde, solche Hände zu haben. Eine Badepolierseife sogar von ihm wurde durch sie veredelt, während, wenn meine Mutter zuschlug, es war, als ob man ein Brett ins Gesicht bekam. Das war der zweite Grund, der mich gegen die Hände meiner Mutter einnahm: sie eigneten sich wirklich nicht zum Ohrfeigen.

Oft hörte ich im Hause andere Frauen von den Händen meiner Mutter sprechen. Nicht immer nur aus Anerkennung dessen, was sie leisteten. Mutter war durch die Fabrikarbeit hart und kurz, hatte keine Zeit zu Treppenausgesprächen. Das machte die Frauen gegen sie eingenommen. Der Mutter geschah oft bitteres Unrecht, und ihre Hände boten Anlaß zu wüthigen, harten Worten.

Aber ich hatte damals nie recht den Mut, die Mutter zu verteidigen. Als ich dann verständig wurde, habe ich für die wunden, armen Arbeitshände meiner Mutter freilich gute und dankbare Worte gefunden; aber es war spät, sehr spät für sie, fast zu spät.

Verlängerung des deutschen Kunst-Ausfuhrschutzes. Die mit dem 31. Dezember d. J. ablaufende Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken ist nach sechsjähriger Dauer vom Reichsrat jetzt um zwei weitere Jahre verlängert worden, da unter den gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen befürchtet wird, daß eine Nichtverlängerung die Abwanderung von Kunstwerken ins Ausland fördern könnte. Die Genehmigungspflicht gilt daher weiter bis 31. Dezember 1927 gemäß der Verordnung vom 11. Dezember 1919. Genehmigungspflichtig ist die Ausfuhr der in einem Verzeichnis besonders aufgeführten „national wertvollen Kunstwerke“. Gegen dieses Verzeichnis aber, nicht minder gegen seinen vor einem Jahre ausgearbeiteten Nachtrag sind von den besten Sachkennern der öffentlichen Sammlungen, des Kunsthandels usw. die schwersten Bedenken erhoben worden; ebenso gegen die Art des Verfahrens bei den Genehmigungen, besonders denen der letzten Zeit. Die schmerzliche Liste der noch in diesem Jahre abgewanderten Dinge, voran der Raphael aus Berliner Briandbest, der Roger van der Weiden aus Dessau, der eine Rembrandt aus der beinahe letzten großen Berliner Privatsammlung vor dem Kriege, die noch nicht aufgelöst war, der Sammlung Kappel, all das sollte jetzt warnen. Wenn die Verlängerung der Verordnung überhaupt einen Sinn haben soll, muß die Art des Verfahrens bei solchen Genehmigungen von Grund aus geändert werden.

Ausdauer. Man kennt das Geschickchen von der grün angestrichenen Bank und von dem Posten, der als Schildwache vor dieser frisch gestrichenen Bank gestellt wird, um darauf zu achten, daß sich niemand auf die Malerei setze, weil die Kommissarinnen darunter leiden könnten. Und man weiß aus dem Schluß jenes Geschickchens, daß die Bank schon längst wieder trocken ist, der Posten aber pflichtgemäß

nach immer die Benutzung verhindert, weil man in der Kaserne vergessen hat, ihn abzulösen. In den verschiedensten Variationen findet man diese kleine Anekdote bei allen Völkern und in allen Ländern, und der „Cri de Paris“ kann sie jetzt seinen Lesern in aktueller Fassung vorlegen: Ein Reisender, der in einem Luxuszug quer durch Europa fährt, wünscht auf französischem Boden eine Zeitung zu kaufen. Man sagt ihm aber, daß der Verkauf von Büchern und Zeitungen auf derartigen internationalen Zügen verboten sei. Beschwerde bei der zuständigen Schlafwagen-Gesellschaft, die dem Reisenden bestätigt, daß es sich hier um eine behördliche Verfügung handle, und daß dagegen nichts zu machen wäre. Die Schlafwagen-Gesellschaft aber, die jetzt selbst gern wissen möchte, was es mit dem merkwürdigen Verbot auf sich hat, stellt nun Nachforschungen danach an. Im französischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, dem das Eisenbahnwesen untersteht, findet man nach längerem Suchen, daß das Verbot seinerzeit vom Ministerium des Innern ausgegangen sei. Also ran ans Ministerium des Innern! Hier große Aufregung, da zunächst kein Mensch weiß, was eigentlich los ist; endlich gelingt es einem Beamten nach tagelangem Aktenstudium, ein neun Jahre altes Rundschreiben zu entdecken, in welchem der Verkauf von Büchern und Zeitungen für gewisse Züge verboten wurde, weil man ermittelt haben wollte, daß solcher Zeitungshandel in Zügen, die über die Landesgrenzen führen, während des Krieges wiederholt zu Spionagespionagen ausgenutzt wurde. Wohlverstanden, während des Krieges! Inzwischen hat es einen Waffenstillstand und einen Friedensschluß gegeben, daneben Dutzende von Konferenzen und Partidiskussionen bis zu Locarno herunter — aber das Zeitungsverkaufsverbot besteht immer noch. Immerhin ist es möglich, daß man es jetzt aufheben wird.

Jazz-Oper-Premiere in Chicago. Dieser Tage ging in Chicago die fast langen mit Spannung erwartete amerikanische, in englischer Sprache gefungene Oper in Szene. Seit Monaten hatte die Gesellschaft der Stadt des großen musikalischen Ereignisses geharrt, das die Erstausführung dieses Wertes des Bostoner Komponisten Frank Hartling darstellte. Der Zuschauerroman war denn auch bis zum letzten Platz von einem eleganten Publikum besetzt, und der Erfolg des von dem Komponisten selbst geleiteten Wertes hat in den Annalen der Chicagoer Oper nicht seinesgleichen. Als der Vorhang zum letztenmal fiel, stürmten Hunderte von eleganten Damen der Gesellschaft den Orchesterraum und stürzten sich auf den Komponisten, um ihn zu umarmen. Es kam zu einem wahren Handgemenge, bei dem der arme Musiker so mitgenommen wurde, daß er schließlich ohnmächtig umfiel. Trotz dieser Demonstration des weiblichen Geschlechts nimmt die Kritik der Oper Hartlings gegenüber einen durchaus abnehmenden Standpunkt ein. Die Musikkritiker sind einig in der Meinung, daß die Oper Hartlings, in der Fortschrittlichkeit und die Rhythmen anderer Modetänze bis zum Überdruß wiederholt werden, einer künstlerischen Wertung nicht standhalten könne.

Eine Ausstellung der revolesionären Kunst des Abendlandes organisiert die Staatsakademie für Kunstwissenschaften in Moskau für das Frühjahr 1928. Sie will in Originalen oder photographischen Reproduktionen alle Kunstgebiete von jedem Gesichtspunkte her zeigen: Die großen Kunstwerke ebenso wie die revolesionären, Kano, Kimo, Plastik, Skulptur usw.

Das Hochwasser steigt weiter.

Rähne im Kölner Straßenverkehr. — Ungeheure Schäden.

Köln, 31. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Hochwasserkatastrophe am Rhein verschärft sich immer mehr. Im Laufe des heutigen Vormittags ist der Hochwasserstand des Jahres 1924 bereits überschritten worden. Die gegen 9 Uhr eintreffenden Nachrichten vom Oberrhein lassen erkennen, daß in den nächsten 12 Stunden ein weiteres Steigen anzunehmen ist. In amtlichen Kreisen rechnet man nach diesen Nachrichten bestimmt damit, daß der Höchststand des Hochwassers vom Jahre 1920 diesmal noch überschritten wird. In Köln ist der Pegelstand heute früh 9 Uhr bereits auf über 8,80 Meter gestiegen. Der Rhein steigt stündlich weiter um 4 Zentimeter. Aus Koblenz wird ebenfalls eine Steigerung von 4 bis 5 Zentimeter stündlich gemeldet. Auch die Nebenflüsse des Rheins führen weiter stündlich noch fortwährend steigendes Hochwasser. Mosel, Nahe, Lahn und Main melden übereinstimmend weitere Steigerung der Flut in 3 bis 4 Zentimeter stündlich. Die Verheerungen des Hochwassers an der Mosel dürften deswegen besonders groß werden, weil das Wasser mit einer bisher nicht gekannten Schnelligkeit hochzieht, wodurch wertvolle, im Ueberschneemungsgebiet liegende Güter nicht mehr geborgen werden konnten. Besonders die Weinkeller an der Mosel stehen sämtlich unter Wasser. In den überschwemmten Straßen Kölns wird der Verkehr mit Rähnen und durch Aufsteige aufrechterhalten. Viele Parterre- und 1. Stagenwohnungen sind von der Polizei geräumt worden. Die Einwohner wurden in Notquartieren untergebracht.

Ruhrort, 31. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Hochwasser des Rheins steigt stetig. Ebenso ist die Ruhr weiter steigend gemeldet. Die Hafenverwaltung Duisburg-Ruhrort meldet Donnerstag 8 Uhr vormittags einen Pegelstand von 7,75 Meter. Seit Mittwochmorgen ist das Wasser um ungefähr 1,20 Meter gestiegen. Der Kipperbetrieb dürfte im Laufe des heutigen Tages zum Erliegen kommen, da die Schiffe nicht mehr unter die Rippe gelangen können. Verlademöglichkeiten sind so gut wie gar keine mehr vorhanden. Der gesamte Schiffsverkehr auf dem Rhein ist eingestellt worden. Im Vergleich zu dem jetzigen Pegelstand dürfte interessieren, daß im vorigen Jahr der Höchstwasserstand mit 7,93 Meter im November und vom 17. Januar 1920 ein Höchststand von 8,63 Meter festgestellt wurde.

Hagen i. W., 31. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Stadtgebiet Hagen, wo die beiden Gebirgsflüsse des südlichen Sauerlandes, Bolme und Ennepe vereint in die Ruhr münden, stieg das Hochwasser am gestrigen Tage bei strömendem Regen von Stunde zu Stunde und überstieg den höchsten bisher bekannten Stand im Jahre 1890. Zahlreiche Fabriken der märkischen Eisenindustrie wurden unter Wasser gesetzt, deren Anlagen zum Teil schweren Schaden erlitten. Die niedrigergelegenen Straßen und

Brücken der Stadt wurden überflutet, der Straßenbahnverkehr konnte in der Stadt nur teilweise aufrecht erhalten werden. Große Verkehrsstörungen rief das Hochwasser in dem verkehrsreichen Hagen Hauptbahnhof hervor, wo die Unterführungen für den Personenverkehr mit Wasser ausgefüllt waren. Nur durch Notbrücken konnte der Personenverkehr auf dem Bahnhof aufrechterhalten werden. Eine Eisenbahnbrücke, die den Güterverkehr regelt, stürzte ein, wobei ein Güterzug entgleiste. Die reichenden Wassermengen gefährdeten gestern Abend die gesamte Anlage des bekannten, verkehrsreichen Hagen Hauptbahnhofs, so daß zu befürchten war, daß der ganze Verkehr eingestellt werden mußte. Das Wasser erreichte seinen Höhepunkt gestern Abend 9 Uhr. Der Regen setzte in der vergangenen Nacht aus, so daß das Wasser heute morgen 6 1/2 Uhr um einen halben Meter gefallen war. Sollte der heutige Tag wie nach der Wetterlage zu befürchten ist, weitere Regenfälle bringen, so ist eine Wiederholung der Katastrophe zu befürchten.

Koblenz, den 31. Dezember. (II.) Der Koblenzer Rheinpegel zeigte um 12 Uhr nachts einen Stand von 8,20 Metern und um 4 Uhr morgens von 8,80 Metern. Der Oberrhein bei Rehl ist seit gestern nicht mehr im Steigen, dagegen wird von Mannheim immer noch langsames Steigen gemeldet. Das Hochwasser des Neckar ist zum Stillstand gekommen. Die obere Mosel wird immer noch steigend gemeldet. Nahe und Lahn steigen ebenfalls weiter, so daß für heute vormittag in Koblenz mit einem Höchststand von neun Metern gerechnet werden muß. In Koblenz ist das Wasser tief in die Unterstadt vorgedrungen. Eine große Zahl von Wohnungen sind vom Wasser durchflutet. In 85 Schiffsäfen sind obdachlose Einwohner untergebracht. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung teilte der Oberbürgermeister mit, daß beim Oberpräsidenten und bei der Regierung Schritte unternommen worden seien, damit für das gesamte Rheinland Zuschüsse für Hochwasserschäden verfügbar gemacht würden. Rückzahlungspflichtige Zuschüsse könnten aber wegen der großen Notlage der betroffenen Orte auf keinen Fall in Frage kommen.

Hochwasser in Belgien.

Amsterdam, 31. Dezember. (III.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Brüssel: Das Hochwasser hat auf dem belgischen Lauf der Maas katastrophalen Umfang angenommen. Bereits am Dienstag stand die Maas bei Jambes 3,50 Meter über dem gewöhnlichen Stand. In Dinant stehen viele Straßen unter Wasser. Alle kleinen Inseln in der Maas sind verschwunden. In Huy, Andenne, Ampin und von Biemalle bis Rinkenpois ist der angeschwemmte Hochwasser Schaden sehr groß. Die überschwemmten Häuser sind nicht mehr zu zählen. An manchen Stellen ist die Maas mehrere Kilometer breit. Auch aus vielen Teilen Hollands wird Hochwasser gemeldet. Alle tiefergelegenen Gebiete sind große Strecken weit mit Wasser überflutet, das meist bis an die vereinzeltten Gehöfte herantreibt.

Silvester.

Noch einmal werden zu Silvester die Weihnachtsbäume zu Ehren kommen, doch schon findet man, daß ihnen die Raben ganz entgegengesetzt ausgehen und so erden sie nach kurzer Glorie bald durch den Feuersturm im Ofen oder langsamer im Kaminhaufen. Wer keinen Baum am heiligen Abend bekam, braucht sich jetzt wenigstens um die Befestigung keine Gedanken zu machen. Berlin ist auf den ersten feinsten Feiertagsstrubels eingestellt, und die hohe Polizei läßt das neue Jahr ohne jegliche Beschränkung bis zum frühen Morgen sich in Lokalen und Straßen ausleben. Bietet gibt es wieder, wie zum heiligen Abend in Berlin B.Z., einen Ansturm auf die Delikatessstände, wo das notleidende Publikum sich um Kaviar botte, alles betrübliche Zeichen, wie sehr selbst in diesen Kreisen der Notstand sich auswirkt. Die große Masse aber wird zufrieden sein, wenn es zum Pfannkuchen und selbstgebrauten Punsch reicht, denn der Silvesterarsch wird für die meisten in das Gebiet des Unersehens gehören. Allzu feinhörig darf das neue Jahr nicht sein, denn „Prost Neujahr!“ wird ihm ebenso wie dem vergangenen millionenfach zugebrüllt werden, wenn die ersten Glockenschläge seinen Einzug verkünden. Und der Lärm wird um so größer sein, je weniger man eigentlich von dem neuen Jahr erwarten kann. Das alte bekommt dafür einen um so schlichteren Abschied, wenn nicht gar einen symbolischen Fortschritt, in dessen das neue mit Kanonenschlägen und Feuerwerk mehr als überschäumend begrüßt wird. Dafür bekommt es aber auch eine solche Bürde Wünsche aufgeladen, daß es kaum weiter kommt, um so mehr ihm das alte Jahr beim Abschiednehmen das ganze Päckchen Sorgenlast heimlich umhängt. Und so geht bald alles seinen alten Gang weiter. Auch die guten Verläufe, die am Neujahrstag durch eine intensive Katerstimmung im Uellberuf erzeugt werden, werden bald von Kollapsen und lauren Heringen verschlungen sein. Doch der Mensch braucht künstliche Abstriche in seinem Dasein, von denen wieder einmal eine neue Epoche beginnen soll, bis er merkt, daß alles den alten Trost weiter geht. Es läßt sich freilich etwas Schöneres denken, als das Neujahr anzuprosten und dafür tagelang miesepetrig herumzulaulen. Doch für die meisten sind das notwendige Entladungen durch die Erzeugung künstlicher Fröhlichkeit, die der Philosophie des So und Ob alle Ehre machen. Die Bilanz des alten Jahres ist für fast alle, soweit sie nicht abgebaut Landeswäter mit riesiger Entschädigung und notleidende Kapitalisten und Großagraren sind, hundsmiserabel schlecht. Kein Wunder also, daß die Sucht nach Beladung um so stärker sein wird. Doch soll das neue Jahr mehr Aktiposten bringen, muß der arbeitende Mensch selbst seine Stunden mühen, wenn ihm im neuen Jahre auch wirkliche Fröhlichkeit werden soll.

Besseres Wetter in Aussicht?

Das Wetter ist das Problem aller Probleme. Kein Tag ohne neue Prognosen, kein Tag auch ohne unliebsame Ueberrochungen. Mit blauem Himmel hing es am Silvestermorgen listig lodend an und nach der Wettermännchen unerforschlichem Ratsschlus soll es heute mit Wasserfluten und Sturmweir aufhören. Eine bittere Botchaft, insbesondere für die, die die nassen Raketen und Frösche um 12 Uhr nachts nicht zum Explodieren bringen können. Allzu Alkoholisierte seien gewarnt: Es wird ein windiger Abend werden. Viele werden nur zu leicht geneigt sein, sich gähnd im Kaminstein niederzulassen. Deshalb die Parole für Unverbessliche: Möglicht als Gardeboe. Mit dem Feuerwerk, auf das die Polizei sich der Strafmandate wegen schon so freute, wird es auch Essig werden. In den Revierstuben der Schupo mag man heute Nacht bis zur Bewußtlosigkeit Stat spielen. „Friede auf Erden und dem Schupo ein Wohlgefallen.“ Dests inniger kann man sich im trauten Heim gegenseitig mit Neujahrswünschen begießen. Der Kater bleibt für den 1. Januar reserviert. Aber auch da wird es dem Erdenbürger nicht verdonnert sein, seine silvesterliche Uebelkeit ins Freie zu tragen. Der Wetterbericht meldet für den Neujahrstag: „Zeitweilige Aufhellung, leichtere Regenschauer, veränderlich, noch kein Frost.“ Noch kein Frost... Das künftige verheißungsvoll. Sollten die sieben mageren Regentage halbwegs überstanden sein?

Der brennende Heuwagen. Auf dem Mariannenplatz verbrannte heute vormittag ein Heuwagen. Das Feuer ist wahrscheinlich infolge des Spielens von Kindern entstanden.

Einbruch im Postamt Hohenneuendorf.

30 000 Mark erbeutet.

Das Gerücht von einem Raubüberfall auf das Postamt in Hohenneuendorf war heute morgen in Berlin verbreitet. Es liegt aber nicht ein Raubüberfall, sondern ein Einbruch vor, der wahrscheinlich von Berliner Geldschrankeinbrechern verübt worden ist.

Das Postamt liegt in der Berliner Straße, der Hauptstraße, etwas einjam. Das Erdgeschoß des Gebäudes enthält 5 Diensträume, darunter auch den Kassenraum, in dem der Geldschrank steht. Im Obergeschoß wohnt der Postchef des Amtes. Die Industriegegend bringt es mit sich, daß auf dem sonst kleinen Amt öfter größere Summen liegen, die für Wohnzahlungen und dergleichen verwendet werden. Besonders bei Quartalsabzählungen pflegt der Betrag am größten zu sein. Zu den Wohngebern kommen zu bestimmten Zeiten auch noch die Gelder für Rentenzahlungen. So erhielt der Geldschrank gestern etwa 30 000 M., die sich zum Teil noch in Postbeuten befanden. Berliner Geldschrankeinbrecher müssen diese Verhältnisse ausgenutzt haben. Gestern Abend wurde nach 11 Uhr in den Diensträumen gearbeitet. Dann wurden diese wie immer verschlossen. Um 2 Uhr nachts ein Beamter nach dem Amtsgeschoß kam, entdeckte er, daß Einbrecher dagewesen waren, den Geldschrank erbrochen und seines Inhalts beraubt hatten.

Die Oberpostdirektionen von Potsdam und Berlin wurden sofort benachrichtigt. Beide entsandten Beamte nach dem Tatort, ebenso die Kriminalpolizei, die Sonderdezernat für Geldschrankeinbrüche und der Erkennungsdiens der Kriminalpolizei. Wie die Feststellungen ergaben, sind die Einbrecher, drei Mann, mit Rädern an das Postamt herangefahren. Am Hofe bogen sie die Trassen eines Fensters auseinander, gelangten so in die Waschküche im Keller und stiegen von dort aus in die Diensträume hinauf, die Türen öffneten sie mit Dietrichen. Den Geldschrank, älterer Konstruktion, erbrachen sie mit Äxtern und Bohrern. Von dem Inhalt ließen sie nur einige Kupfermünzen zurück. Den Rückweg nahmen die Verbrecher wieder durch den Keller. Nach allen bisherigen Ermittlungen müssen die Verbrecher auf ihren Rädern auch wieder nach Berlin gefahren sein. Auf den Bahnhöfen, die in Betracht kommen, ist nichts Verdächtiges gesehen worden. Rittellungen zur Aufklärung an die Kriminalpolizei in der Königstraße oder an Kriminalkommissar Wünger.

Unappetitliche Neujahrsgriße.

Ein kleines illustriertes Subelblättchen, das sich „Sanssouci“ nennt und mit antirepublikanischen Verlogenheiten sein kümmerliches Dasein fristet, hat sich den Film „Freies Volk“ zur Jahresfeier seines mageren Wihes ausersehen. Eine Art illustrierter Polemik — vier Bilder und vier Gegenbilder — die ältesten Kalauer der nationalistischen Branche, mit der man keinen Käter mehr hinter dem Ofen hervorlocken kann. Ein wenig Hehe gegen den Reichstagspräsidenten Löbe, ein wenig Böbel gegen die Witwe des verstorbenen Reichspräsidenten — das ist das Gesicht des schwarzweißen Wihes. Weit wichtiger als das Gesicht des taktlosen Blättchens scheint die Feststellung, daß der republikanische Film „Freies Volk“ der monarchistischen Ulque arg im Wogen zu liegen scheint. Wie die Republikaner darauf zu reagieren haben, versteht sich wohl von selbst.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

„Unterbrechung unzulässig.“

Man schreibt uns: „Eine Rettungsstelle in Charlottenburg wird am Silvestermorgen über eine andere, benachbarte Stelle von der schweren Erkrankung eines Mannes im Volkspark Jungfernheide benachrichtigt. Da bei dem gegenwärtigen Wetter und zu der frühen Tageszeit ein solches Vorkommen in einem entlegenen Park stark zweifelhaft war (außerdem konnte es sich um einen frühzeitigen Silvestersturz handeln), versuchte der auf der Rettungsstelle amtierende Arzt im Volkspark telephonisch Rückfrage zu halten. Er hatte aber die Rechnung ohne das Vatersprachamt Wilhelm gemacht. Zunächst gelang es ihm nur unter großen Schwierigkeiten, die Telephonnummer des Volksparks zu erhalten, da das Buerlein keinen Vermittler trug. Dann aber war der Anschluß dauernd besetzt. Beim vierten vergeblichen Anruf um Vermittlung beim Amt verlangte der Arzt, daß die Verbindung getrennt oder auch nur zeitweilig unterbrochen

werde, weil der Erkrankungsfall möglicherweise doch seine Anwesenheit dringend erforderlich machen konnte. Die Telephonistin lehnte das Verlangen mit dem Bescheid ab: „Unterbrechung ist unzulässig.“ Die herbeigerufene Aufsicht erteilte denselben Bescheid. Erst als sehr energisch die Beschwerdestelle verlangt wurde, kam eine Verbindung und eine Verständigung zustande. Bemerkenswert ist, daß dem Amt von Anfang an mitgeteilt wurde, worum es sich handelte.“

Es ist geradezu unerhört, daß die Post den Beamtinnen in solchen dringenden Fällen nicht die Erlaubnis gibt, Gespräche zeitweilig zu unterbrechen. Wenn beim Telephonieren am Automaten oder bei Ferngesprächen die übliche Zeit abgelaufen ist, ist die Post die Verbindung ohne Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gespräches. Im vorliegenden Falle ist vielleicht wegen einer Silvesterfeiervereinbarung der Arzt an der Ausübung seiner Berufsarbeit gehindert worden. Wie denkt die Post darüber?

Der republikanische Großfilm „Freies Volk“, Regie R. Berger, läuft ab 1. bis 4. Januar für Charlottenburg im Germania-Palast, Bismarckstraße 54. Kassenöffnung heute und Sonntag um 8 Uhr, Wochentags um 6 Uhr. Beginn der Vorführung eine Stunde später.

Gewerkschaftsbewegung

Die Regierung verschärft die Krise.

Durch Untätigkeit. — Ein Appell der Gewerkschaften.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben, wie wir erfahren, am Jahreschluss noch einmal dringlich die Reichsregierung auf die Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter hingewiesen.

Sie verlangen bei dem bedrohlichen Steigen der Erwerbslosenziffer (über 1 Million Hauptunterstützungsempfänger am 15. Dezember ohne Kurzarbeiter und Werkverleiher und ohne die Zuschlagsempfänger) sofortige ausreichende Hilfsmassnahmen, vor allem Einführung der Kurzarbeiterunterstützung, vermehrte Vereinstellung von Notstandsarbeitern und Vereinfachung des Instanzenzuges bei der Prüfung von Anträgen, Nachprüfung der Unterküfungssache mit dem Ziele der Erhöhung und Ausgleich zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Die Spitzenverbände sind übereinstimmend der Auffassung, daß es Pflicht der jetzigen Regierung ist, die erforderlichen Massnahmen zu treffen und nicht einer kommenden Regierung die Verantwortung zu überlassen. Die Not der Erwerbslosen duldet keinen Aufschub.

Produktive Notstandsmaßnahmen.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die steigende Arbeitslosigkeit, die bereits die Zahl von einer Million erreicht hat, erfordert dringende Abhilfe. Die Tatsache, daß alljährlich noch Gemüse und Obst für viele Millionen Mark eingeführt wird und ferner der Umstand, daß auf Landflächen das dreifache bis fünffache an Gemüse usw. erbaud werden kann gegenüber Getreide, läßt es als erforderlich erscheinen, daß alle Gemeinden angewiesen werden, alle irgendwie Arbeitslosen zu diesem Berufe heranzuziehen. Begünstigt wird dies durch das Vorhandensein von künstlichem Dünger, Stickstoff, Koli und Phosphaten, so daß nur nötig ist, die nötigen Flächen möglichst nahe den Gemeinden zu beschaffen. Dies wird in den meisten Fällen an der Grenze der Gemeinden, da wo mit dem Körnerbau angefangen wird, gelingen. Richtiges muß, wie diese gesamte Frage nur gesetzlich geregelt werden kann, auch zur Beschaffung des Grund und Bodens die Entzignung vorgesehen werden.

Selten wird eine produktive Anlage so geringe Anlagelkosten erfordern, wie die genannte, da außer Wasserbeschaffung — meist wird diese durch eine vorhandene Wasserleitung ermöglicht werden, soll durch provisorische Brunnenanlage mit Lokomobilbetrieb — keine weiteren Investitionen erforderlich sind, abgesehen von den nötigen Gerätschaften, wie Spaten, Harken, Jäteapparate. Die nötigen Sämereien, wie auch der Betrieb selbst muß natürlich von gelehrten Gärtnern geleitet werden, die in genügender Anzahl zur Verfügung stehen.

Wenn eine solche Maßnahme sofort in die Wege geleitet wird, so kann schon zur nächsten Ernte erheblicher Erfolg erzielt werden, der ausgebaut werden kann durch Anlage von Beerenobst usw. und ferner verstärkt werden kann durch Geflügelzucht (Eierproduktion) und Schweinemast. Auch diese Produkte werden bisher in großen Massen für die Volksernährung vom Auslande eingeführt. Die Erfahrungen, die der Verfasser dieser Zeilen im Kriege durch gleiche Maßnahmen auf vollständigem Bedarf gemacht hat, wo noch dazu sehr unerfahrene Leute, Kranke, Kriegervwitwen und Kinder zur Verfügung standen, sind derartig gute gewesen, daß bestimmt zu erwarten ist, in der jetzigen Zeit mit kräftigen Arbeitern noch bessere Ergebnisse zu erzielen. Es ist zu wünschen, daß ein dringender Antrag der Partei beim Reichstage eingebracht wird, der diese Angelegenheit alsbald ins Leben ruf.

Die Anarchie in der Berliner Metallindustrie.

Entlassungen, Ueberstunden und Arbeitslosigkeit.

Von einem Metallarbeiter wird uns geschrieben:

Die der „Kämpfer“ in der Nr. 19 bereits unter dem Titel „Arbeitslosigkeit und Ueberstunden“ mitgeteilt, werden in einer ganzen Reihe von Betrieben, speziell in den Großbetrieben der Berliner Metallindustrie trotz der Entlassungen von Arbeitern und Angestellten eine ganz erhebliche Anzahl Ueberstunden geleistet. So wurden in sieben Werken eines Konzerns der Berliner Metallindustrie, die insgesamt eine Belegschaft von 47 000 Arbeitern und Angestellten haben, in der Woche vom 23. bis 29. November insgesamt 92 900 Ueberstunden geleistet. Dies geschah in einer Zeit, wo die Ziffer der erwerbslosen Facharbeiter in der Berliner Metallindustrie 18 906 betrug. Bei einer normalen Arbeitszeit von 48 Stunden hätten 1935 Arbeiter und Angestellte in diesen Werken mehr beschäftigt werden können.

In einem anderen Falle, im Blockwerk der Siemens u. Halske A.-G. mit einer Belegschaft von rund 1500 Arbeitern und 450 Angestellten, arbeiten 65 Proz. der Belegschaft auch heute noch neun Stunden pro Tag. Der Beschäftigungsgrad ist also gut zu bezeichnen, Pfah für Einstellungen von Facharbeitern ist zur Genüge vorhanden.

Wenn man den Rahmentarif für die Berliner Metallindustrie betrachtet, so können je nach Eigenart oder den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes für einzelne Gruppen von Arbeitnehmern Ueberstunden bis zur Dauer von 1 Stunde pro Tag angeordnet werden. Sofern sie auf längere Zeit geleistet werden sollen, sind die Gründe für die Notwendigkeit der Ueberarbeit der Betriebsvertretung darzulegen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Betriebes dürfen heute nicht maßgebend sein, sondern es kommt jetzt die allgemeine wirtschaftliche Lage in Betracht. Diese liegt zurzeit so, daß wir in der letzten Woche weit über 20 000 arbeitslose Facharbeiter in der Berliner Metallindustrie zu verzeichnen hatten. Es gibt jedenfalls in Berlin noch eine ganze Reihe von Betrieben, in denen die Verhältnisse ähnlich liegen, gewiss auch in anderen Industriezweigen.

Der Abbau der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Berliner Metallindustrie schreitet weiter fort. Man entläßt nicht nur solche, die erst kürzere Zeit im Betriebe beschäftigt sind, sondern auch Angestellte, die schon ein halbes Jahrzehnt länger beschäftigt waren. Sie müssen heute aus „wirtschaftlichen“ Gründen nach Meinung der Arbeitgeber entlassen werden, weil sie nicht mehr leistungsfähig genug sind, mit anderen Worten: sie sind zu alt geworden. Die Berichte über die Femeherbe in den Großbetrieben der Berliner Metallindustrie, vornehmlich aber bei den Siemens-Firmen, welche die Tageszählung

